

## Steuern und Wirtschaftskrise.

Die Wirtschaftskrise und die bevorstehenden Beratungen über die Durchführung der Sachverständigenpläne haben die Reformbedürftigkeit des deutschen Steuersystems und einzelner Steuern erneut in den Vordergrund des Interesses treten lassen. Teilweise sind bereits die Vorbesprechungen und Vorarbeiten zur Änderung einzelner Steuern im Kabinett und in den Ressorts der zuständigen Ministerien recht weit gediehen. Ebenso treten die verschiedenen Interessentengruppen mit dem von ihnen gesammelten Material und ihren Forderungen und Vorschlägen auf den Plan. Für die steuerlichen Vorschläge des Damesberichts hat der Deutsche Industrie- und Handelsstag durch eine Umfrage bei den angeschlossenen Kammern und Verbänden wertvolles Material gesammelt, das vertraulich behandelt wird und lediglich dem Steuerauschuß dieser Körperschaft und der Reichsregierung zugänglich gemacht worden ist. Die Behandlung geht hier von dem Standpunkt aus, daß die deutsche Wirtschaft die geforderten Summen ausbringen müsse und daß lediglich die Frage des zweckmäßigsten Weges in der Verteilung der Lasten und der Erhebungsform zu untersuchen sei. Die Antworten verweisen unter zum Teil recht beachtlichen Vorschlägen sämtlich darauf, daß eine uneingeschränkte Steuer- und Tarifhöhe des Reiches innerhalb des gesamten Reichsgebietes Voraussetzung für die Erreichung des höchsten und rentabelsten Produktionsniveaus sei. Bekannt sind die Forderungen des Reichslandbundes auf weitgehende steuerliche Entlastung und auf Steuererleichterung für die Landwirtschaft. Dazu ist zu bemerken, daß die geldliche Lage der Landwirtschaft allerdings katastrophal ist, daß aber die Finanzlage des Reiches die Erfüllung der weitgehenden Forderungen im vollen Ausmaße ebensowenig gestattet wird, wie die Landwirtschaft im Zeichen der Kreditnot in der Lage ist, die überspannten Steuervorauszahlungen zu leisten. Hilfe wird hier teilweise durch Erschließung ausländischer und neuer inländischer Kreditquellen geschaffen werden müssen, wozu ebenfalls Beratungen bei den zuständigen Behörden schweben, ferner wird eine Verlängerung der mit der neuen Ernte fällig werdenden kurzfristigen Kredite in Frage kommen, wodurch einige Mittel frei würden, da die Landwirtschaft sonst über den weitaus größten Teil der Ernte bereits keine Verfügung mehr hätte. Schließlich will auch der Staat einmal geben, denn der Reichsernährungsminister hat in ziemlich unzweideutiger Form angekündigt, daß nach der Entscheidung über den Damesbericht wieder Schutzölle zugunsten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse eingeführt werden sollen, die einen gewissen Preis sichern. Ebenso wie bei der Landwirtschaft wird auch bei anderen Wirtschaftsgruppen, die die Ursache der heutigen Notlage und Wettbewerbsunfähigkeit in den zu hohen Steuerlasten erblicken, nur zum Teil die Vinderung dieser Lasten Hilfe schaffen können, da die Lage der Reichsfinanzen und die kommenden erhöhten Lasten solcher Vinderung Grenzen setzen. Mit einer Reform des Steuerwesens und der Steuerartikeln werden sich Maßnahmen der Wirtschaft vereinigen müssen, um durch Beschränkung der Gewinne und Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Arbeitsvorgänge einen Ausgleich zu schaffen.

Inmerhin haben sich die Dinge so zugespitzt, daß man auch in Regierungskreisen sich der Einsicht nicht verschließt, in welchem Maße die Ueberspannung der Steuerfahrräder am Entstehen der heutigen Kreditkrise und der Wirtschaftskrise beteiligt ist. Das Reich hat aus einem verarmten Volke mit wesentlich vermindertem Einkommen und einer geschwächten Wirtschaft ein halbes Jahr hindurch Steuern bezogen, die weit mehr als die laufenden Ausgaben betragen und die Abdeckung beträchtlicher, bereits fundierter Schulden ermöglichten; es hat damit zur erneuten Verknappung des Zahlungsmittelumschlages und der Geldmärkte beigetragen und die Kapitalbildung fast unmöglich gemacht. Nur eine erneute Ersparnis-Campagne wird die sich hieraus ergebenden Widersprüche lösen können, und aus allen politischen und wirtschaftlichen Parteien mehrten sich die Forderungen nach einer solchen. Sie vereinen sich in den beiden Wünschen, daß nicht nur bürokratisch abgebaut, sondern in ausreichendem Maße wirtschaftlichem Denken und Sparen Raum und Einfluß in den Verwaltun-

gen geschaffen werde, was bisher nicht geschehen ist; für Post und Reichsbahn gehöre dazu, daß ausreichende und kurzfristige Bekanntheit der geldlichen Betriebsergebnisse eine öffentliche Kritik und ein Urteil über die Berechtigung der Tarifgebühren ermöglichte. Außerdem fordern alle Parteien eine Verringerung der Ausgaben der Länder und namentlich der Kommunen, deren Finanzgebärung der Lage des Reiches und der Steuerzahler bisher nicht genügend Rechnung trage.

Dieser Ausgabenverminderung kann eine Einnahmeverminderung gegenüberstehen. Eine solche ist gar nicht zu umgehen, denn es hat sich gezeigt, daß einige Steuern und Gebühren einfach nicht tragbar sind und den Steuerträger vernichten. Die nächste Maßnahme wird die vom Kabinett im Prinzip dieser Lage genehmigte Herabsetzung der rohesten aller Steuern, der Umsatzsteuer, sein; die Regierung sieht die Ermäßigung um ein halbes Prozent vor, während alle Fachkreise eine solche um ein Prozent als das mindeste Notwendige fordern, verteuert doch die Umsatzsteuer hochwertige Erzeugnisse um 12 bis 16 Prozent. Daneben erscheint eine Milderung der Vorauszahlungsansprüche und der Verzugszuschläge bei vielen Steuern unbedingt geboten. Schließlich sind eine Reihe von Gebühren nicht mehr tragbar und werden sich heute wirtschaftlich hemmend aus, so die hohen Notariatsgebühren, die die Herausgabe der Goldbilanzen verzögern, die Frachttundungszuschläge der Reichsbahn mit 300 Prozent pro Jahr und ähnliche Inflationsüberbleibsel. Eine außerordentliche Bedeutung hat im Rahmen der Reform der Steuerartikeln, auch die in Arbeit befindliche Reform des Zolltariffs und die in Kürze zu erwartenden Änderungen einer Anzahl Zollsätze.

## Der „amerikanische Beobachter“ in Berlin.

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Houghton, der zurzeit in Washington weilte, befindet sich bereits auf der Rückreise nach Europa. Die Abreise Houghtons ist nach New Yorker Drohungen eine Folge der Konferenzen, die Coolidge mit Hughes und Dawes hatte, und besonders auch eine Folge der New Yorker Besprechungen mit Young. Auf Präsident Coolidges Veranlassung sprach die Regierung den Wunsch aus, daß Houghton sofort wieder nach Europa zurückkehre, da Amerika während der Londoner Konferenz einen Beobachter in Berlin haben müsse. Es steht zwar noch nicht fest, doch es wird auf die Möglichkeit hingewiesen, daß Houghton sich auf seiner Rückreise in London einige Tage aufhalten werde, um mit dem dortigen amerikanischen Botschafter Kellogg die Lage zu besprechen. Weitere Meldungen aus Washington besagen, daß die Abreise Houghtons eine unmittelbare Folge der kritischen Entwicklung im Zusammenhang mit dem Dawes-Plan durch die Differenzen, die zwischen Herriot und MacDonald bestehen, sei. Die New York World sagt, das Ergebnis der Wahlen zwinge die Regierung, ein Interesse für die Durchführung des Dawesplans zu zeigen, da ein Mißlingen dieses Planes aus Dawes einen Vumerang für die Republikaner machen würde.

## Neue Micum-Behandlungen.

Bekanntlich laufen die 18 Verträge des Zweckverbandes der Metallindustrie der besetzten Gebiete, in dem fast die gesamte Metall- und Maschinenindustrie des alt- und neubesetzten Gebietes zusammengeschlossen ist, am 15. Juli ab. Die Vorbesprechungen für eine eventuelle Verlängerung derselben beginnen in den nächsten Tagen. Schon heute kann, wie aus der rheinisch-westfälischen Industrie verlautet, gesagt werden, daß die Industrie unter keinen Umständen einer Vertragsverlängerung unter den alten Bedingungen zustimmen kann und wird. Durch die herrschende Kreditnot ist das Maß der Bestellungen auf das äußerste beschränkt. Außerdem scheiden die Zollschwierigkeiten und Abgaben auf Bestellungen des unbesetzten Deutschlands und des Auslandes ab, den Firmen des besetzten Gebietes Aufträge zu erteilen. Auch ein starker Auftragsrückgang würde der Industrie nur nützen, wenn die Micum die Kontingentierung

aufhebt. Andernfalls sind die meisten Werke gar nicht in der Lage, die Aufträge heranzunehmen, da bei Kontingentüberfüllung die Micum den Ablauf oder die Ausführung verweigert.

Die Micum ihrerseits hat nach der „Rhein. W. Zig.“ den Vertrag der anorganisch-chemischen Industrie der besetzten Gebiete im Verwaltungsbereich der Micum, der bis zum 15. Juli läuft, am 30. Juni gekündigt, um, wie es heißt, in neuen Verhandlungen die bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die nach dem Abkommen vorgesehenen Abgaben der Werke an die Micum zu klären.

## Inland und Ausland

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten behandelte am Mittwoch einige Anträge, die sich mit der Erhöhung der Renten aus der Reichsversicherungsortnung befassen.

Das Urteil im Mainzer Unterschlagungsprozeß. In dem Mainzer Prozeß wegen der Unterschleife beim Reichsvermögensamt erhielt Böttner 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus und 150 Goldmark Geldstrafe, Petry und Günther je 1½ Jahr Gefängnis und 150 Goldmark Geldstrafe, Hammerlein 800 Goldmark Geldstrafe. Wucherer wurde freigesprochen. Sämtlichen Angeklagten wurden wegen ihrer bisherigen Unbestraftheit verdringende Umstände zugesprochen. Auf die erwähnten Freiheitsstrafen wurden je 18 Wochen der Untersuchungshaft angerechnet.

Zulassung der 2. Steuernotverordnung für das neubesetzte Gebiet. Wie aus Bochum mitgeteilt wird, ist die 2. Steuernotverordnung nunmehr auch durch den Truppenbefehlshaber für die Besatzungsköpfe Düsseldorf, Duisburg und für das Ruhrgebiet genehmigt worden.

Wiederzulassung deutscher Missionsgesellschaften in den englischen Kolonien. Nach einer Mitteilung des britischen Missionsausschusses hat der Staatssekretär für die englischen Kolonien eingewilligt, den Bann gegen die deutschen Missionsgesellschaften in den dem Kolonialamt unterstehenden britischen Kolonien, Protektorate und Mandatsgebieten aufzuheben. Deutsche Gesellschaften werden demgemäß in Zukunft den Missionsgesellschaften anderer europäischer Länder in bezug auf die Zulassung ihrer Missionare gleichgestellt werden können. Diese Erlaubnis gilt noch nicht für Indien, da für Indien die indische Regierung zuständig ist.

Ein Deutscher Hilfsbund in Danzig. In Danzig ist unter dem Vorsitz der Frau Generalkonsul Dirksen und des Regierungspräsidenten a. D. Förster ein Deutscher Reichs-Hilfsbund gegründet worden. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, die im Gebiet der Freien Stadt Danzig in Not geratenen Reichsdeutschen, für die keine ausreichende amtliche Fürsorge besteht, zu unterstützen.

Türkische Schiffkäufe in Europa. Einige Vertreter der türkischen Regierung bereiten zurzeit die deutschen Häfen, um Seeschiffe anzukaufen. Einige Dampfer haben sie bereits zu guten Preisen erworben. Nach Neußerungen dieser Abordnung ist eine andere türkische Kommission unter Leitung von Hamid Bey, des Abgeordneten von Konstantinopel, nach England abgereist, um dort ebenfalls eine Anzahl von Schiffen anzukaufen. Im Laufe der letzten zwei Monate hat sich die türkische Handelsflotte durch Ankauf bereits um 17 Schiffe vermehrt. Die Nationalversammlung hat 15 Millionen türkische Pfund ausgeworfen, um den Ankauf weiterer Schiffe möglich zu machen.

Spanischer Sieg in Marokko. Nach einer offiziellen Mitteilung aus Madrid haben die spanischen Truppen in der westlichen Marokkone nach einem glänzenden Bajonettangriff den Gegner aus der Stellung bei Robbadarsa vertrieben und ihm schwere Verluste zugefügt.

Um die Leiche Matteottis. Die Parteiliste der vereinigten italienischen Sozialisten setzt eine Prämie von 25 000 Lire für denjenigen aus, der Angaben über die Auffindung der Leiche Matteottis machen kann.